

swahl am 22. September – Die Kandidaten im Wahlkreis



Michael Donth, CDU.

Foto: pr



Rebecca Hummel, SPD.

Foto: pr



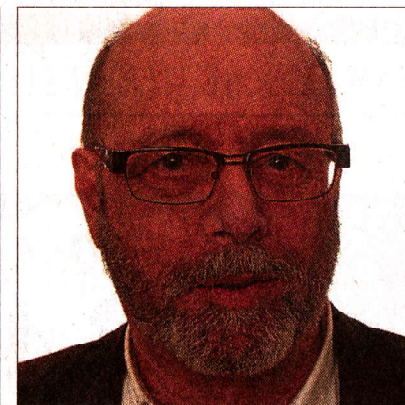
Beate Müller-Gemmeke, Bündnis 90/
Die Grünen.

Foto: pr



Pascal Kober, FDP.

Foto: pr



Günter Herbig, Die Linke.

Foto: pr

Die öffentliche Hand wird in diesem Jahr so viele Steuern von Bürgern und Unternehmen einnehmen wie noch nie zuvor in der Geschichte, 600 Milliarden Euro. Die CDU-geführte Bundesregierung hat bewiesen, dass sie es schafft, trotz steigender Steuereinnahmen die Ausgaben des Bundeshaushaltes nicht zu erhöhen. Das hat mit Ausgabendisziplin und Schwerpunktsetzung zu tun. Die deutsche Wirtschaft wächst und schafft Arbeitsplätze und Einkommen. Steuererhöhungen sind schädlich für die Konjunktur und bei so hohen Steuereinnahmen auch nicht notwendig. Ich meine, dass der »Soli« neu überdacht werden muss. Die Schwerpunktsetzung der aus diesen Geldern finanzierten Investitionen darf sich nicht mehr nach Ost-West-Kriterien richten. Die Gelder müssen in die Region fließen, in denen sie gebraucht werden, egal wo in Deutschland. Ich sehe persönlich derzeit aber keine Möglichkeit, auf diese Gelder zu verzichten.

Stabile Staatsfinanzen bilden die Grundlagen für einen handlungsfähigen Staat. Unsere Politik steht in der Pflicht einer soliden Finanzierung, es darf keine Lastenverlagerung auf künftige Generationen geben. Deshalb halte ich es für richtig, den Spitzensteuersatz auf 49 Prozent für zu versteuernde Einkommen ab 100 000 Euro beziehungsweise 200 000 Euro bei Eheleuten zu erhöhen, denn starke Schultern sollen mehr tragen, als schwache. Sowohl bei der Besteuerung von Erbschaften, als auch bei den Plänen zur Vermögenssteuer ist klar, es darf keine Substanzbesteuerung geben. Der Solidaritätspakt 2, soll wie verabredet bis Ende 2019 den Aufbau Ost unterstützen. Ich setze mich dafür ein, dass ab 2020 der föderale Länderfinanzausgleich neujustiert wird. Schwache Regionen gibt es auch im Westen. Wir wollen einen »Zukunftspakt strukturschwacher Regionen«, der in Ost und West gleichermaßen eingesetzt werden kann.

2,1 Billionen Euro staatliche Verschuldung stehen einem Vermögen von zehn Billionen Euro gegenüber und zehn Prozent der Deutschen besitzen davon Zweidrittel. So kann es nicht weitergehen. Die Starken sollen sich künftig stärker an der Finanzierung unseres Gemeinwesens beteiligen. Mit der Erhöhung des Grundfreibetrags werden hingegen 90 Prozent der Steuerzahler entlastet. Die Einnahmen aus der Steuerreform investieren wir Cent für Cent in die großen gesellschaftlichen Herausforderungen – in den Schuldenabbau, in bessere Bildung, Betreuung, Kindergrundversicherung, in Infrastruktur und Energieeffizienz. Der Soli ist bis 2017 im Bundeshaushalt verplant. Wer ihn abschaffen will, der muss auch eine Gegenfinanzierung vorlegen. Im Übrigen steht der Soli für Solidarität. Deshalb wollen wir ihn mit Blick auf die Schuldenbremse verfassungskonform umbauen. Der Soli soll zukünftig den Ländern und Kommunen helfen, ihre Schuldenberge abzubauen.

Deutschland hat zur Zeit die höchsten Steuereinnahmen in seiner Geschichte. Und das, nicht obwohl, sondern weil wir Familien, Arbeitnehmer und Unternehmen um insgesamt 22 Milliarden Euro entlastet haben. Es kommt nicht darauf an, die höheren Steuersätze auf dem Papier zu haben, die dann aber die Wirtschaft ausbremsen, Arbeitsplätze kosten und Deutschland schaden. Unsere kluge Steuerpolitik hat einen wichtigen Beitrag zur guten konjunkturellen Lage und zum erfreulichen Wirtschaftswachstum in den letzten Jahren und damit zu Steuermehreinnahmen geleistet. Wir werden den Haushalt weiter konsolidieren und zugleich finanzielle Spielräume für die Entlastung kleinerer und mittlerer Einkommen schaffen. Die FDP will die Abschaffung des »Soli« in drei Stufen bis 2018.

Die Welt erlebt gegenwärtig die tiefste Finanz- und Wirtschaftskrise seit achtzig Jahren. Arbeitsplätze und Einkommen vieler Menschen sind bedroht. Die Umverteilung von unten nach oben, die fehlende Vermögensteuer und die mehrfache Senkung der Spitzensätze in der Einkommensteuer beschleunigten die Konzentration des Reichtums in den Händen weniger. Ein großer Teil dieses Reichtums wurde zum Zocken im Casino-Kapitalismus eingesetzt, anstatt produktiv investiert zu werden. DIE LINKE setzt sich für ein gerechtes Steuersystem ein. Wir wollen Vermögenseinkommen, große Erbschaften und Finanzgeschäfte wesentlich stärker belasten als bisher. Dadurch erhält der Bund zusätzliche Einnahmen, und der Solidaritätszuschlag kann schrittweise gesenkt werden. Auf diese Weise wollen wir soziale Gerechtigkeit und gleichwertige Lebensverhältnisse in der ganzen Bundesrepublik herstellen.